

Abtreibung und Demografie

von Veronika Blasel, M.A.

„Deutschland ist gegenwärtig eines der ärmsten Länder der Welt.“ Mit dieser Aussage provozierte Paul Kirchhof, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, an Weihnachten 2002 die Leser der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. In der Armutsstatistik stehe Deutschland unter den 191 Staaten der Erde an der Position 180. „Die Rede ist von der Kinderarmut, nicht von unserem Kapitalreichtum, dessen Glanz sehr bald verblasen wird, wenn wir nicht mehr wissen, in wessen Hände wir diesen Reichtum weitergeben sollen“, prognostizierte Kirchhof.

Tatsächlich werden in Deutschland konstant zu wenige Kinder geboren. Und das seit 1972. Während für den Erhalt einer Bevölkerung eine Geburtenziffer von 2,1 Kindern pro Frau erforderlich ist, schwankt die Zahl in Deutschland zwischen 1,3 und 1,4; in den neuen Bundesländern liegt sie inzwischen sogar bei nur 1,2 Kindern pro Frau. Die Folge: In Deutschland wird jede Elterngeneration nur zu etwa zwei Dritteln durch Kinder ersetzt. Im Laufe der Jahre entsteht so ein dramatisches Defizit an Kindern. Denn die niedrige Geburtenrate führt dazu, dass auch die Anzahl der potentiellen Mütter schrumpft. Von einer „Herausforderung“ sprach daher auch das Statistische Bundesamt in Wiesbaden, als es im Juni die Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Öffentlichkeit vorstellte. In ihr entwirft die Wiesbadener Behörde drei denkbare Szenarien für die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2050. Das mittlere und wohl realistischste geht davon aus, dass die Geburtenhäufigkeit auch künftig bei 1,4 Kindern pro Frau stagniert, jährlich etwa 200.000 Menschen nach Deutschland einwandern und die Lebenserwartung weiter zunimmt. Danach beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung der 2050 geborenen Jungen 81,1 Jahre. Im gleichen Jahr geborene Mädchen erreichten ein durchschnittliches Alter von 86,6 Jahren.

Die auf Basis dieser Annahmen berechnete Prognose hat es in sich: So wird etwa die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter von knapp 20 Millionen im Jahr

2001 auf gut 14 Millionen im Jahr 2050 sinken. „Dies führt dazu, dass die Zahl der geborenen Kinder ebenfalls rapide abnehmen wird“, so das Statistische Bundesamt. Eine Konsequenz: Die Schere, die längst zwischen Geburten und Sterbefällen klafft, öffnet sich dramatisch. Würden im Jahr 2002 noch 72.000 Kinder weniger geboren, als Menschen starben, werden laut dem Statistischen Bundesamt in rund fünfzig Jahren 576.000 mehr Särge als Wiegen benötigt. Die Einwohnerzahl sinkt auf 75 Millionen (inkl. Einwanderung.) Kinder und Jugendliche werden dann nur noch ein Sechstel der Gesamtbevölkerung ausmachen. 2050 wird den Berechnungen zufolge jeder Dritte in Deutschland 60 Jahre und älter sein. (Zum Vergleich: vor 50 Jahren war noch jeder Dritte unter 20 Jahren.) Der Anteil der über 80jährigen wird von heute 4 Prozent auf 12 Prozent der Bevölkerung steigen: eine Verdreifachung.

Schon längst handelt es sich bei der grafischen Darstellung der Altersstruktur nicht mehr um eine Pyramide, sondern um eine „zerzauste Wettertanne“, als welche der Bevölkerungsstatistiker Paul Flaschkämper die Grafik anschaulich bezeichnet. Setzen sich die gegenwärtigen Trends fort, wird die „Wettertanne“ schon bald zu einem Fliegenpilz mit stattlichem Kopf mutieren. Unabsehbar werden die Folgen für die Rentenfinanzierung sein. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Senioren, der sogenannte Altenquotient, steigt rapide. Finanzierten 1995 noch 100 Erwerbstätige 37 Rentner, so müssen sie im Jahr 2050 schon für 78 Senioren aufkommen. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen müssten jährlich 3,4 Millionen Personen zuwandern, um den heutigen Altenquotient konstant zu halten. Bis zum Jahre 2050 würden dann in Deutschland 17,5 Millionen Zugewanderte wohnen.

Nicht nur der Blick in die Zukunft erschreckt. Schon heute lassen sich die vielfältigen Probleme unseres Sozialsystems wie auch der Wirtschaft kaum noch oder gar nicht mehr bewältigen. Hermann Adrian, Professor an der Universität Mainz, hat untersucht, wie sich die geringe Anzahl von Geburten auf die Ar-

beitslosigkeit ausgewirkt hat und sie weiter beeinflusst. Seinen Überlegungen zugrunde liegt die Annahme, dass seit 1975 jährlich 350.000 Kinder weniger als für eine funktionierende Wirtschaft notwendig geboren werden. Die Folge hier: Die Zahl der kinderlosen Erwachsenen, die selbstverständlich nach Erwerbstätigkeit streben, hat rapide zugenommen, ohne dass die Wirtschaft in der Lage gewesen wäre, ausreichend Jobs zur Verfügung zu stellen. Hätten die nach Erwerbstätigkeit strebenden Erwachsenen Kinder gehabt, so hätten laut Adrian jedes Jahr rund 150.000 von ihnen zumindest zeitweise auf eine Anstellung verzichtet und sich stattdessen hauptberuflich der Erziehung der Kinder gewidmet. Dadurch wären die Arbeitslosenzahlen heute um etwa 1,5 Millionen niedriger, rechnet Adrian vor. Daneben wären durch den Wohn- und Lebensbedarf der rund 350.000 Kinder jährlich mindestens 150.000 Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten worden, um den Konsumbedarf der Kinder decken zu können. „Insgesamt bedeutet dies, dass unser seit 28 Jahren anhaltender Kindermangel zu einer jährlichen Zunahme der strukturellen Arbeitslosigkeit in Höhe von etwa 200.000 (Arbeitslosen) beiträgt“, so Adrian, der die Ansicht vertritt, dass die heutige Arbeitslosigkeit von rund fünf Millionen Menschen allein durch den Kindermangel der letzten zweieinhalb Jahrzehnte erklärt werden kann.

Nach Meinung Adrians ist bei der Analyse der Konsequenzen des um 1970 auftretenden Geburtenrückgangs Verblüffendes festzustellen. Wenn innerhalb eines kurzen Zeitraums die Geburtenrate rapide absinkt, steigt zuerst der Wohlstand, weil ein Teil der Ausgaben für die Kinder nun einbehalten werden kann. „Wegen dieses schnelleren Wohlstandsanstiegs hat der Geburtenrückgang den Charakter einer Falle“, analysiert Adrian. Etwa 20 bis 25 Jahre später kam es dann zum unabwehrbaren Niedergang, weil die nicht geborenen Kinder fehlten, um als Erwachsene in das Erwerbsleben einzusteigen. Unübersehbar seien hier die Zusammenhänge mit dem Jahr 1995, als die bis heute anhaltende Wirtschaftsmisere einsetzte. Als Beispiele führt Adrian an: Wenn angenommen wird, dass junge Leute mit

im Schnitt 23 Jahren aus der Wohnung der Eltern ausziehen und einen eigenen Hausstand gründen wollen, dann bedeutet dies, dass heute jährlich nur etwa 900.000 junge Erwachsene eine eigene Wohnung benötigen. 1990 waren es noch 1.300.000. Dies kann nach Adrian als Hauptursache für die anhaltende Rezession in der Bauwirtschaft, in der Möbelindustrie, in der Elektroindustrie, im Einzelhandel, im Handwerk usw. angesehen werden. Dramatischer werden die Auswirkungen in den kommenden Jahren, wenn die viel zu kleine Gruppe heute junger Erwachsener in das Alter um die 40 kommt, in dem normalerweise Wohneigentum erworben wird. Der dramatische Rückgang potentieller Immobilienkäufer um 35 Prozent wird zu kaum absehbaren Wertverlusten aller Immobilien führen, was wiederum zahlreiche Unternehmensinsolvenzen nach sich ziehen wird, da Immobilien häufig als Kreditsicherungen dienen, so Adrian.

Wo sind Deutschlands Kinder geblieben? Bis zum Jahr 1970 lag die Geburtenrate knapp über zwei. Von 1965 bis 1975 ging innerhalb von nur 10 Jahren die Geburtenrate von 2,4 auf 1,4 Kindern pro Frau zurück. In Zahlen bedeutet dies: 1965 wurden 1.325.368 Kinder geboren, 1975 nur noch 782.310. Das ist ein Rückgang von 41 Prozent – ein wohl einmaliger Vorgang in der deutschen Geschichte. Seither liegt also die Geburtenhäufigkeit bei 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau. Jedes Jahr wurden seit 1975 demnach mindestens 350.000 Kinder weniger geboren, als für eine Bestanderhaltung der Bevölkerung – im Wortsinn – „notwendig“ gewesen wären.

Eine Ursache für diese plötzliche Abnahme der Geburtenzahlen ist sicherlich die Zulassung der „Anti-Baby-Pille“, die den sogenannten „Pillen-Knick“ in den Geburtenzahlen Ende der 60er Jahre verursacht hat. Wie viele Kinder durch die Einführung der Anti-Baby-Pille ‚verhindert‘ worden sind, kann nur grob geschätzt werden. Doch es gibt noch einen sehr handfesten und gut belegbaren Grund für die niedrigen Geburtenzahlen: Die für Deutschland so wichtigen Kinder hat es gegeben – doch sie wurden vor ihrer Geburt getötet. 1976 wurde in der Bundesrepublik der Paragraph 218 reformiert und die Indikationsregelung eingeführt. Die Abtreibungszahlen sind daraufhin sprunghaft angestiegen und befinden sich bis heute auf einem äußerst hohen Niveau. Die Problematik von Statistiken über vorgeburtliche Kindstötungen ist weit bekannt. Dem Sozialethiker

Manfred Spieker lässt sich beipflichten, wenn er sagt: „Mit Sicherheit lässt sich nur behaupten, dass es keine sicheren Zahlen gibt.“ Bis 1976 wurde die Zahl der Abtreibungen in der damaligen Bundesrepublik auf ca. 100.000 pro Jahr geschätzt, nach der Änderung der Gesetzeslage sind für die damalige Bundesrepublik Zahlen zwischen ca. 200.000 (Spieker) und 350.000 (Stimezo-Studie) pro Jahr anzunehmen.

Für die damalige DDR lassen sich gesicherte Zahlen finden, da das Netz der Abtreibungseinrichtungen von der SED-Regierung kontrolliert wurde und Abtreibungen seit 1972 ins Belieben der Frau gestellt wurden. So kann man mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass in der DDR jährlich zwischen 79.000 und 99.000 Kinder vor ihrer Geburt getötet worden sind. Nach der Wiedervereinigung sank die Zahl der Abtreibungen in den neuen Bundesländern stark, und heute darf wohl mit realistischen Zahlen zwischen 250.000 und 350.000 Abtreibungen pro Jahr für Gesamtdeutschland gerechnet. Diese jährlich bis zu 350.000 vor ihrer Geburt getöteten Kinder fehlen der Gesellschaft. Und

bei dieser Rechnung reicht es nicht, nur diese 350.000 Personen jährlich zu den Einwohnerzahlen hinzuzurechnen. Denn die 1976 getöteten Mädchen wären heute 27jährige Frauen und hätten wahrscheinlich schon eigene Kinder. Somit kann auch das leichte Sinken der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Abtreibungszahlen in den letzten Jahren nicht als Indiz dafür gesehen werden, dass die in Deutschland geltende Beratungsregelung zum Schutz des Lebens beiträgt. Vielmehr kommen jetzt die schwachen Geburtenjahrgänge in das Alter, in dem Frauen statistisch nachweisbar am häufigsten abtreiben. Es kann also nicht davon ausgegangen werden, dass die Frauen prozentual weniger abtreiben, sondern dass es weniger Frauen gibt, die abtreiben lassen könnten.

Die Frage nach dem „was gewesen wäre, wenn...“ ist oft müßig. In der Analyse der Bevölkerungsentwicklung besitzt sie jedoch eine Berechtigung und kann ein Fingerzeig für die Zukunft sein. Für das LebensForum hat der Demografie-Experte Herwig Birg ausgerechnet, welchen Lauf die Bevölkerungsentwicklung genommen hätte, wenn nicht jährlich 200.000 Kinder (als Mittelwert zwischen den Angaben des Statistischen Bundesamtes und den Annahmen, die auf Schätzungen beruhen) vor ihrer Geburt getötet worden wären und würden. „Wenn Deutschland z.B. 200.000 Geburten mehr hätte, also statt 760.000 z.B. 960.000, dann wäre die Kinderzahl pro Frau 1,77 statt 1,40“, erklärt Birg. „Von der bestandserhaltenden Geburtenrate, die ja 2,13 Kinder pro Frau beträgt, wären wir dann nicht mehr so weit weg wie jetzt, und die Konsequenzen wären entsprechend moderater, d.h. die Alterung wäre geringer und die Folgen für die schrumpfende Zahl der Beitragszahler und Steuerzahler wären nicht ganz so dramatisch.“ Geht man einen Schritt weiter und rechnet man mit 350.000 Kindern, dann würde Deutschland heute nicht in die demografische Katastrophe rasen. Diese lässt sich zwar nicht mehr aufhalten, ließe sich aber mildern und schneller überwinden, wenn das Recht auf Leben ungeborener Kinder anerkannt würde. Bekämen Frauen ab jetzt wieder durchschnittlich 2,1 Kinder, dann würde sich nach Berechnungen von Adrian die Bevölkerungsstruktur bis zum Jahr 2050 wieder deutlich erholen. Statt einem Fliegenpilz zeigte die grafische Darstellung der Bevölkerungsstruktur wieder erste erkennbare Ansätze einer richtig stehenden Pyramide.

